

# Calmer Tagblatt

Nr. 57.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Erscheinungsweise: Drei wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Nr. 1.20  
Reklamen Nr. 3.— Auf Sonntagsblättern kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Donnerstag, den 9. März 1922.

Verkaufspreis: In der Stadt mit Erzeugnis Nr. 24.— vierteljährlich. Postverkaufspreis Nr. 24.— mit Beleggeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Die deutsche Volkspartei hat gestern ihre Bedingungen für die Teilnahme am Steuerkompromiß mitgeteilt. U. a. würde sie auch die endgültige Ernennung des Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister begrüßen. Ist es nun Zufall oder Absicht, tatsächlich wurde von den Unabhängigen gegen Hermes, der schon lange von den Sozialisten wegen seiner Haltung in den Ernährungsfragen bekämpft wird, die schwere Beschuldigung der Beihilflichkeit erhoben.

Der Parteiauschuß der Mehrheitssozialisten hat für den 1. Mai die Durchführung der Arbeitsruhe beschlossen.

Die militärische Kontrollkommission der Entente hat eine Note in Berlin überreicht, in der die deutschen Artillerievorschriften als gegen den Versailler Vertrag verstoßend bezeichnet werden, da sie den „Differenz“-Krieg vorsehen.

Nach einer Havasmeldung aus Washington soll Amerika die Teilnahme an der Konferenz von Genua abgelehnt haben.

## Zur Lage.

\* Nach den gestern veröffentlichten Erklärungen des deutschen Reichspräsidenten auf der Leipziger Messe und des deutschen Außenministers sind wir nicht mehr in der Lage, die uns in Cannes auferlegten 10tägigen Zahlungen von 31 Millionen Goldmark an die Entente zu leisten, was aus dem neuerlichen katastrophalen Niedergang der deutschen Mark auf dem Weltmarkt deutlich zu ersehen ist. Wie sich die Entente gegenüber diesen Tatsachen verhalten wird, ob sie dieselben als vorhanden betrachtet, oder ob sie ihre übliche Gegenüberstellung vom bösen Willen Deutschlands wieder geltend machen, und dementsprechend mit neuen Zwangsmahnahmen im Falle der Nichterfüllung drohen wird, darüber kann heute noch nichts Bestimmtes gesagt werden, wenn auch die Bestellung Poincaré's und der scharfe Stimmungselbstzug der Franzosen gegen Lloyd George einen deutlichen Fingerzeig dafür zu geben scheinen, daß Frankreich in nächster Zeit eine scharfe Sprache gegenüber Deutschland zu führen beabsichtigt. Rathenau ist jedoch Optimist, was für einen Staatsmann wohl immer das Beste ist, vorausgesetzt, daß er ein bestimmtes Ziel im Auge hat, das er unverrückbar festzuhalten gewillt ist. Dieses Ziel ist und muß für uns sein: Durchbrechung des Versailler Friedens, und zwar moralisch wie rechtlich, und damit auch hinsichtlich seiner finanziellen Bestimmungen.

Inwiefern die heute noch bezüglich ihres Datums, ja vielleicht auch ihrer Abhaltung überhaupt heftig umstrittene Konferenz von Genua uns diesem Ziel — wenn begreiflicherweise auch nur in mächtigem Umfange — näher führen wird, das hängt von dem jetzt hinter den Kulissen durchgeführten Kampfe Frankreichs gegen England und Italien ab, der von Paris aus mit Unterstützung der Kleinen Entente, also der Tschechoslowakei, Südslavien, Rumänien und dem noch hinzugezogenen Polen in Szene gesetzt worden ist. Die Kleine Entente geht mit Poincaré völlig einig, daß auf der Konferenz von Genua weder an den Friedensverträgen noch an den Deutschland aufgezogenen Zahlungsforderungen etwas geändert werden dürfe, ja, daß diese Dinge überhaupt auf der Konferenz nicht zur Erörterung gestellt werden dürfen. Gegenüber diesem auf glatte Sabotage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas hinauslaufenden Anstalten hat der deutsche Reichspräsident mit Recht darauf hingewiesen, daß es von der Erkenntnis des Auslandes über die Tatsache der Unmöglichkeit der Erfüllung der an Deutschland gestellten Ententeorderungen abhängt, ob wir einen wirklichen Frieden in Europa erhalten oder ob der Krieg auf dem Gebiete der Wirtschaft zum Nachteil für ganz Europa weitergeführt werden soll.

Während die französische Politik letzten Endes den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands herbeizuführen trachtet, um daraufhin ihre Zerstörungsläne durchsetzen zu können, ist es begreiflich, daß England an dieser nationalpolitischen Glücksspielerpolitik gegenwärtig kein so großes Interesse haben kann, denn erstens braucht seine Volkswirtschaft Ruhe und Sicherheit für den Export, die sie bei den dauernden Drohungen Frankreichs nicht erhalten wird, und zweitens durchläuft das britische Weltreich zur Zeit eine Krisenperiode, wie sie seit Napoleon das Inselreich nicht mehr zu befehen gehabt hat. Irland, Ägypten und Indien drohen mit Abfall, zum mindesten aber mit dauernden Aufständen, und so kann man verstehen, daß man in London für den „friedlichen Wiederaufbau in der Welt“ eintritt. Lloyd George hat die Sache aber zu falsch angegriffen, und mit einer nicht immer ganz verschleierte Spitze gegen die Kollegen an der Seine, daß man in Paris, wo heute Größenwahn sowie epi-

demisch austritt, mit allen Mitteln Front gegen diese reine englische Einstellung auf Wirtschaftspolitik glauben machen zu müssen. Angesichts der scharfen Sprache Frankreichs haben sich die Engländer wieder einmal anders besonnen, und da namentlich die Konservativen die Rückkehr Frankreichs in Europa wünschen, und heute sogar brauchen, so entstand eine Krise, von der man heute noch nicht weiß, ob sie zum Rücktritt Lloyd George's führen wird, denn die gestern mitgeteilte Rede Balfours kann zwar aufrichtig gemeint sein, sie kann aber auch lediglich dazu gedient haben, dem Sieger im Weltkrieg, „einer der größten Gestalten in der Weltgeschichte“, einen feinen Ansehen entsprechenden Abgang zu schaffen. Aber wenn auch Lloyd George schließlich durch Balfour abgelöst werden sollte, der den Franzosen gegenüber nach außen hin gefälliger wäre, die englischen Volkswirtschafts- und Weltinteressen wird auch ein Balfour den Franzosen zuliebe nicht fallen lassen. Nur ist eben die fatale Sache die, daß man sich letzten Endes wieder zum Schaden Deutschlands einigen wird. Daran wird auch eine deutschfreundliche Haltung Amerikas, das übrigens heute seine eigenen Interessen in Asien und Südamerika zu vertreten hat, nichts ändern, abgesehen davon, daß diese angebliche Sympathie der Amerikaner für uns unseres Erachtens von jeher eine unfaßbare Kata morgana gewesen ist und — bleiben wird.

Das sind alles harte politische Tatsachen, mit denen wir uns abzufinden haben, selbstverständlich nicht mit schwächlichem Fatalismus, sondern mit der aktiven Energie, daraus unsere eigenen Schlässe zu ziehen. Und deshalb sagen wir, daß die hoffnungsvollen Ausblicke Eberts und Rathenaus auf Genua, so wie wir sie verstehen, durchaus nicht als Illusionen betrachtet zu werden brauchen, denn der Weg zum Wiederaufstieg Deutschlands wird noch manche Hindernisse zu überwinden haben, denen nur mit unermüdlicher Energie und unentwegtem Optimismus beizukommen ist, denn lediglich mit vernünftiger Disziplinpolitik ist im Hinblick auf die heutige Weltkonstellation nichts anzufangen. Allerdings muß man sich darüber klar sein, wie weit „Erfüllungs“-Politik getrieben werden darf.

O. S.

## Eine unerhörte Annahme der Ententemilitärkommission.

### Ein Anspruch gegen die deutschen Artillerievorschriften.

Berlin, 8. März. Wie die Blätter aus Paris melden, hat die interalliierte Militärkontrollkommission gegen die Fassung des deutschen Artillerie-Reglements in einer Note vom 27. Februar bei der deutschen Regierung Protest erhoben und verlangt, daß dieses Reglement am 20. März abgeändert und bis zu diesem Datum der Zeit der Abänderung übergeben wird. Die interalliierte Kommission begründet ihr Ersuchen mit Artikel 160 des Versailler Vertrags, in dem bestimmt wird, daß die Deutschland zugewilligten 100 000 Mann starke Reichswehr lediglich dazu dient, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Grenze zu bewachen. — Der „Lokalanzeiger“ glaubt nach Erkundigen an zuverlässiger Stelle die Nachricht bestätigen zu können. Das Blatt bemerkt weiter, daß die Ausbildungsvorschriften der Artillerie eine in jeder Hinsicht einwandfreie Arbeit darstellen, aus der nur böser Wille etwas anderes herauslesen könne als die Absicht, unsere schwache Reichswehr-Artillerie zur Verteidigung zu schulen.

Wie bekannt hat der französische Ministerpräsident und Hauptkriegsschuldige Poincaré vor einer Woche bei einem Essen der englisch-amerikanischen Presse erklärt, in Deutschland sei gerade dieser Tage eine offizielle Artillerieschießvorschrift veröffentlicht worden, die den Offensivkrieg in begeisterter Weise rühme. Diese Worte Poincaré's, die im übrigen völlig unzutreffend sind, denn die letzte deutsche Schießvorschrift, vom 4. Dezember 1919, enthält keinen einzigen Satz, der „den Offensivkrieg in begeisterter Weise rühmt“, sollten offenbar die Öffentlichkeit in den Ententeländern vorbereiten auf den bereits vorher erfolgten Vorstoß der interalliierten Kontrollkommission gegen diese Schießvorschrift. Im 24. Beisatz dieser Schießvorschrift ist allerdings von Angriff und Angriffsgewalt die Rede. Es heißt dort wörtlich: „Der Angriffsgewalt bedarf besonderer Pflege. Nur der Angreifer kann sich die Freiheit des Entschlusses wahren. Verteidigung, die die Entscheidung sucht, muß mit Angriff gepaart sein. Das Fehlen der uns entzogenen Kampfmittel, Flieger, schwere Artillerie, Kampfwagen usw. darf nicht zur Scheu vor dem Angriff führen. Größere Beweglichkeit, bessere Führung und Ausbildung, Erschwerung der Beobachtung des Feindes aus der Luft durch geschickte Tarnung, Gewandtheit im Gelände und Ausnutzung der Nacht, hielten teilweisen Ersatz.“ Aber ähnliche Anweisungen für die Ausbildung der Truppen finden sich in jedem militärischen Unterrichtsbuch, ohne daß auch nur irgend jemand einfiel, daraus die „Verherrlichung des Offensivkrieges“ zu lesen. Den interalliierten Kontrollkommission-

nen ist eben, nachdem ihre im Versailler Vertrag vorgeordnete Aufgabe restlos erfüllt ist, jedes noch so lächerliche Mittel recht, um die Notwendigkeit ihrer Fortdauer zu beweisen. Und Poincaré unterstützt sie darin mit allen Kräften, nicht zuletzt um zu beweisen, daß Deutschland auch heute noch den Offensivkrieg plant und Frankreich nur deshalb militärisch ist, weil es seine Sicherheit durch dieses Deutschland gefährdet sieht.

## Die Bewertung der deutschen Geld- u. Sachleistungen.

Paris, 7. März. (Wolff.) Die Reparationskommission veröffentlicht ein amtliches Communiqué, durch das sie die bis 31. Dezember 1921 von Deutschland erbrachten Leistungen bewertet. Die Liste lautet wie folgt:

I. Zahlung in Gold und ausländischen Devisen. a) direkt von Deutschland bis 31. Dezember 1921 geleistete Zahlungen 1 041 419 000 Goldmark, b) Einnahmen aus anderen Quellen, die für Rechnung Deutschlands erfolgten, 1) Zahlung Dänemarks für die Abtretung eines Teiles Schleswig-Holsteins 65 Millionen Goldmark, 2) Verkauf der zerstörten Kriegsmaterialien 40 960 000 Goldmark, 3) Verschiedenes 657 000 Goldmark; c) Einnahmen aus Abgaben von eingeführten deutschen Waren in England (Recovery act) 36 136 000 Goldmark, insgesamt 1 184 171 000 Goldmark.

II. Sachleistungen (Schätzungsweise). a) an die alliierten und assoziierten Mächte 2 760 250 000 Goldmark; b) Verkauf an Luxemburg, an die Textilallianz der Vereinigten Staaten usw. 59 092 000 Goldmark, insgesamt 2 779 342 000 Goldmark. Unter I und II sind also insgesamt eingegangen 3 983 514 000 Goldmark.

III. (Schätzungsweise). In abgetretenen Gebieten und übernommenen Staatsvermögen nach den gegenwärtigen Schätzungen unter Ausschluß der schleswig-holsteinischen Güter, die unter I b I bereits verrechnet sind, 2 504 342 000 Goldmark, insgesamt 6 487 856 000 Goldmark.

In dieser Aufstellung sind nicht enthalten die von Deutschland restituierten Gegenden, für die es keinen Anspruch auf Gutschrift besitzt, ferner die von Deutschland direkt an die Besatzungsarmeen geleisteten Zahlungen in Papiermark, Sachlieferungen und Dienste, sowie schließlich die von Deutschland für die verschiedenen Kommissionen gezahlten Beträge, die ihm nach dem Wortlaut des Friedensvertrages zur Last fallen, der Gesamtbetrag in Höhe von 8 1/2 Milliarden Goldmark kann für folgende Posten Verwendung finden: 1) Vorschüsse zur Erleichterung von Kohlenlieferungen auf Grund des Abkommens von Spa in Höhe von 390 Millionen Goldmark; 2) Besatzungskosten bis 1. Mai 1921, soweit sie durch die Zahlungen in Papiermark und die oben erwähnten Leistungen nicht gedeckt sind; 3) Reparationen.

Das offizielle Communiqué bemerkt ferner, daß die vorläufige Abschätzung der Zahlungen und Leistungen bis 1. Mai 1921 die seinerzeit eingetragene Ziffer von etwa 7 1/2 Milliarden ergab, die obenstehende Abschätzung für das Jahr 1921 demnach um ungefähr 1 Milliarde übertrifft. Dieser Widerspruch erklärt sich dadurch, daß die vorläufige Abschätzung der Leistungen am 1. Mai 1921 folgende Posten umfaßt habe, die in der anderen Abschätzung nicht enthalten waren: Zahlung Deutschlands für seine Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen, direkte Leistungen Deutschlands an die Besatzungsarmeen durch Zahlung in Papiermark, Warenlieferungen und Dienstleistungen, schließlich die Kosten der verschiedenen Kommissionen, die zu Lasten Deutschlands gehen. Dagegen umfasse die Abschätzung bis Ende des Jahres 1921 folgende Posten, die in der vorläufigen Abschätzung der Leistungen bis 1. Mai nicht enthalten waren: Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, soweit dessen Wert nicht durch Warenlieferungen eingelöst wurde und Zahlungen und Lieferungen in Natura zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 1921 in Höhe von ungefähr 1 400 000 000 Goldmark.

## Der Reichspräsident in Leipzig.

### Besuch des Reichspräsidenten im Reichsgericht.

Leipzig, 8. März. Der Reichspräsident besuchte heute in Begleitung des Reichsjustizministers Dr. Radbruch das Reichsgericht, wo er von dem Präsidenten des Reichsgerichts, Delbrück, und dem Präsidium feierlich empfangen wurde. Auf die Begrüßungsansprache Delbrücks erwiderte der Reichspräsident, daß in den schweren Jahren nach der Revolution auch der Rechtsboden wankte, da die überkommenen Rechtsanschauungen erschüttert wurden und neues Rechtsverlangen in Erscheinung trat. Die Rechtspflege war also vor die schwere Aufgabe gestellt, das alte Recht und das neue Rechtsgefühl in Einklang zu setzen.

her  
n Calw.  
mlung

1922,  
er früheren

uen Sagenen.  
Grammers-  
ukunft der

ung von

sind zu zahl-

h. S. Calw.

leinach  
kheiten

stunden-  
en.

wärtige nach  
Bad Teinach.

SCHNE  
CALW

ttgart

und gut.

ann, Leder-  
str. 91

gen Eintritt ein  
iges

achen

ute Behandlung  
entf.

Reglaff,  
ension „Villa  
nd Liebenzell.

er und  
reicher

elle gesucht.  
rsten mit An-  
möglichsten Ein-

m Schwarz-  
Schwöbberg  
Bildbad.

öhner

räftig, gesucht

hler, Mühlen-  
und Maschinen-  
mühle Ober-  
Calw.

Dem Reichsgericht sei diese schwerste Aufgabe, die wohl je einem Richter oblag, auf die Schultern gelegt worden und es sei damit in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt, der öffentlichen Kritik des Inlandes wie des Auslandes. Aber zu absprechenden amtlichen Kritiken des Auslandes (gemeint ist Frankreich) stehe in bemerkenswertem Gegensatz die Anerkennung bedeutender ausländischer Juristen. Der Reichsjustizminister habe bei der Beratung des Justizgesetzes mit Recht auf die Zeugnisse dieser Anerkennung hingewiesen. Der Reichspräsident schloß seine Rede, indem er dem Reichsgericht die Größe, den Dank und die Anerkennung der Reichsleitung aussprach.

#### Eine Rede des bayrischen Ministerpräsidenten.

Leipzig, 8. März. Im weiteren Verlauf des Festabends im Zentraltheater sprach im Namen seiner Kollegen aus den Ländern der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, wobei er ausführte, Bayern finde im deutschen Lande eine verschiedene Beurteilung, die zwischen dem Begriff eines Erdsteines und eines Steines des Anstoßes stehe. Es werde aber das Bestreben Bayerns sein, immer nur als Erdstein im Deutschen Reiche zu stehen. Die Gewerbebeschau, die Bayern demnächst veranstalten wolle, bitte er nicht als Wettbewerb für Leipzig aufzufassen. Sein Glas widmete der Ministerpräsident dem deutschen Gedanken.

#### Eine Stimme gegen die Anpassung der deutschen Industrie an die Weltmarktpreise.

Leipzig, 8. März. Beim Festessen der Zentralstelle der Interessenten der Leipziger Mustermesse hielt Geheimrat Hilger vom Vorstand des Reichsverbands der deutschen Industrie eine Rede, in der er unter anderem ausführte: Als wir vor mehreren Jahren den Reichsverband der deutschen Industrie aus dem Zentralverband der deutschen Industriellen zusammenschweißten, da schwebte uns vor Augen, ein Gebilde zu schaffen etwa wie das des Bundes der Landwirte. Diejenigen, die mit mir an der Spitze des Reichsverbands der deutschen Industrie standen, werden zugeben, daß das Ziel nicht erreicht worden ist. Dem Bunde der Landwirte sind die Interessen des kleinsten Bauern und des größten Grundbesitzers dieselben. Im Reichsverband der deutschen Industrie sind die Interessen sehr verschieden und schwer zu vereinigen. Eine wesentliche Frage ist die Frage der Ausgleichung an den Weltmarktpreis. Ein Teil will an den Weltmarktpreis heran, der einflussvollere Teil will nicht, daß die Bäume in den Himmel wachsen, denn die Folge ist die Schraube ohne Ende: hohe Lebensmittelpreise, hohe Kohlenpreise, hohe Lebensbedürfnisse, hohe Löhne und so weiter. Interessiert ist an hohen Kohlenpreisen in erster Linie England, denn wenn wir mit unseren Kohlenpreisen an den Weltmarktpreis herankommen, dann wird unsere Ausfuhr lahmgelegt und mit hohen Kohlenpreisen wird der Plan verfolgt, die Arbeitslosigkeit von England auf unser deutsches Vaterland zu verchieben. Dem entgegenzuwirken, haben wir alle Beronlossen. Wenn auch die Meinungen in der Industrie in mancher Hinsicht auseinandergehen, so gehen sie doch in einem Punkt nicht auseinander, nämlich in dem, daß das deutsche Volkswesen in der Stadt Leipzig zentralisiert werden muß.

#### Guter Erfolg der Leipziger Messe.

Leipzig, 7. März. Der dritte Messetag erhielt durch die Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert, sowie der Vertreter der einzelnen deutschen Landesregierungen eine besondere Auszeichnung. Im Neuen Rathaus fand vormittags eine Begrüßung des Reichspräsidenten und der übrigen Herren statt, wo sie Oberbürgermeister Kolbe namens des Messenamts und der Stadt Leipzig willkommen hieß. Hierauf nahm der Direktor des Messenamts, Dr. Köhler, das Wort, um in großen Zügen die ungeahnte Entwicklung der Leipziger Messe darzulegen. Der Redner wies darauf hin, daß die diesmalige Messe einen Besuch wie nie zuvor aufweise, und betonte, gestützt auf Zahlenmaterial, die Internationalität der Leipziger Messe. Reichswirtschaftsminister Schmidt gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Leipziger Messe dazu beitrage, die internationalen Handelsbeziehungen wieder zu beleben, weshalb er alle darauf gerichteten Bestrebungen gern unterstütze, gelte es doch, die alten Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen und das Verlorene wieder zu gewinnen. An die Begrüßungsfeier schloß sich eine Führung durch die verschiedenen Teile der Messe. Die Zahl der geschäftlichen Messeausweise hat sich gegen den Vortag um weitere zehntausend erhöht. Die ausländischen Besucher haben weiterhin in sehr starkem Maße zugenommen. Das Geschäft auf der Messe wird in allen Branchen als überaus groß bezeichnet. Viele Firmen haben die Annahme weiterer Aufträge überhaupt ablehnen müssen oder sich zum mindesten längere Lieferfristen ausbedungen. Erwähnt sei nur die Spielwarenindustrie. Die Bedarfsaufhebung ist hier derart groß, daß einzelne Firmen bis zur nächsten Messe mit Aufträgen versehen sind. Auf der Tabakmesse ist das Geschäft durchweg gut, besonders in der Zigarettenindustrie. Auf der technischen Messe sind auch heute sehr gute und große Abschlüsse in fast allen Branchen zustande gekommen. Viele Werke, besonders der Werkzeugmaschinenindustrie, haben bereits ihre Fertigung für eine bedeutende Zeitspanne ausverkauft, so daß sie weitere Ordres nicht buchen können. Die Metallindustrie verzeichnet eine große Zahl neuer Geschäftsanbahnungen. Das gleiche gilt von der Armaturenindustrie.

#### Zur auswärtigen Lage.

##### Der englische Erlös für die geraubten deutschen Schiffe.

London, 8. März. Von Seiten der Regierung wurde mitgeteilt, daß der durch den Verlauf der deutschen Schiffe erzielte Betrag 20 067 912 Pfund Sterling beträgt, von denen 5 869 036 Pfund Sterling bezahlt worden seien. Der Restbetrag werde größtenteils innerhalb zweier Jahre bezahlt werden.

##### Sitzung der alliierten Auspressungskommission.

Paris, 9. März. Die alliierten Finanzminister hielten gestern Vormittag unter dem Vorsitz von de Laferrière eine vorbereitende Sitzung ab, an der ein Vertreter Japans und der halbamtliche Vertreter der Vereinigten Staaten im Reparationsauschuß teilnahmen. In der 2. Sitzung prüften die alliierten Finanzminister die Fragen bezüglich

#### Amthche Bekanntmachung.

##### Bekanntmachung betr. Erwerbslosenfürsorge.

Der Bezirksrat hat in seiner Sitzung vom 28. Februar 1922 die Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 13. Februar 1922 an festgesetzt wie folgt:

Als Unterstützung wird bei völliger Erwerbslosigkeit für jeden Arbeitstag gewährt für

	Ortsklasse C	D und E
1. männl. Personen:		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in einem andern Haushalt leben	M 15.—	M 12 50
b) über 21 Jahre, sofern sie in einem andern Haushalt leben	M 12.—	M 10.—
c) unter 21 Jahren	M 8.—	M 7.—
2. weibl. Personen:		
a) über 21 Jahre wie Ziffer 1a	M 12.—	M 10.—
b) wie bei Ziffer 1b	M 8.—	M 7.—
c) unter 21 Jahren	M 6 25	M 5 25
3. als Familienzuschläge werden gewährt:		
a) für den Ehegatten	M 6 75	M 5 50
b) für die Kinder und sonstigen unterhaltungsberechtigten Angehörigen	M 6 25	M 5 50

Als Höchstätze werden jedoch in Ortsklasse C 46 M 75 S und in D und E 40 M gewährt.

Calw, den 7. März 1922. Oberamt: G ö s.

lich des Wiesbadener Abkommens, der Anrechnung der Saargruben und den Fakten zu gewährenden Anteil an den von Deutschland geleisteten Zahlungen.

#### Vor dem Inkrafttreten

##### der französischen Zivilgesetze in Elsaß-Lothringen.

Paris, 8. März. Justizminister Barthou hat sich von seinem vorgestrigen Unwohlsein bereits wieder soweit erholt, daß er der gestrigen Sitzung im Ministerrat beiwohnen konnte. Er legte einen Gesetzentwurf vor, durch den die französischen Zivilgesetze in den Departements Oberhein, Unterhein und Mosel, also in ganz Elsaß-Lothringen, in Kraft treten.

#### Rücksichtslose Behandlung Deutscher in den von Australien geraubten deutschen Gebieten.

Melbourne, 7. März. (Reuter.) Mit Bezug auf Klagen, die von deutscher Seite wegen der Vertreibung Deutscher aus den früheren deutschen Kolonien erhoben worden sind, erklärte der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten des australischen Staatenbundes, Australien habe die expropriierten Deutschen nicht nur gerecht, sondern sogar human behandelt. Deutschland könne etwaige Beschwerden an den Völkerbund richten. — Anmerkung des W.B.: Die bisherigen Nachrichten über die Behandlung Deutscher in Neu-Guinea wissen von einer humanen Behandlung der deutschen Ansiedler nichts zu berichten. Ans ist nur bekannt, daß Deutsche in Neu-Guinea ganz besonders rücksichtslos behandelt worden sind. — Von den Australiern, den Angehörigen einer ehemaligen englischen Verbrecherkolonie kann man schließlich auch nichts Besseres verlangen.

#### Ablehnung der Teilnahme

##### an der Genuejer Konferenz durch Amerika?

Paris, 9. März. Die Agence Havas meldet aus New-York, daß die Vereinigten Staaten die Teilnahme an der Genuejer Konferenz abgelehnt haben.

#### Deutschland.

##### Die drei Bedingungen der deutschen Volkspartei für die Teilnahme am Steuerkompromiß.

Berlin, 9. März. Laut „Achtuhr-Abendblatt“ hat der Abgeordnete Dr. Stresemann gestern die drei Bedingungen der deutschen Volkspartei für ihre Teilnahme am Steuerkompromiß und ihre Zustimmung zur Zwangsanleihe genannt. Die drei Bedingungen sind: Nichtverwendung der Einkünfte der Zwangsanleihe zur Deckung von Fehlbeträgen im Etat, sondern nur zur Finanzierung der Sachleistungen, Sparsamkeit und Befragung des Parlaments beim Abschluß wichtiger Abkommen. Außerdem würde die definitive Ernennung Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister von der deutschen Volkspartei begrüßt werden.

#### Schwere Beschuldigungen

##### gegen den Reichsernährungsminister.

Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ veröffentlichte gestern Abend schwere Beschuldigungen gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes. Nach den Angaben der „Freiheit“ soll der Minister hervorragende Weine in großen Mengen zum 15. bis 20. Teil des Handelspreises von einem Wingerverband bezogen und sich durch besonders gute Behandlung des Verbands dafür erkenntlich gezeigt haben. Eine Berliner Korrespondenz glaubt die Mitteilungen der „Freiheit“ bestätigen zu können und will weiter erfahren haben, daß Dr. Hermes im April 1920, also unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Minister, von dem Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer in Trier 200 Flaschen Wein, dessen offizieller Handelspreis 35 bis 60 Mark die Flasche betrug, für 3 Mark bezogen, also etwa 7000 Mark bei dieser Lieferung erspart habe. Die „Freiheit“ veröffentlicht heute als Beweis für ihre Behauptungen einen Brief des genannten Wingerverbands an den Regierungsrat Jaffee in Berlin, in dem sich der Verband bereit erklärt, 110 Flaschen Wein verschiedener Marken, die Flasche zu 3 Mark, an den Minister sofort abzugeben. Eine der Sozialdemokratischen Partei nahestehende Korrespondenz teilt weiter mit, daß die sozialistischen Parteien des Reichstags bereits in der nächsten Reichstagsitzung wegen der Veröffentlichungen der „Freiheit“ einen Schritt zu unternehmen gedenken. Das „Berliner Tageblatt“ hört, daß Dr. Hermes voraussichtlich bei den Verhandlungen über den Etat des Ernährungsministeriums sich zu den Beschuldigungen äußern wird.

#### Widerstand der Demokraten in Bayern

##### gegen die Koalitionserweiterung nach rechts.

München, 8. März. Die „München-Augsburger Zeitung“ meldet: Der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Held, hat im Auftrag seiner Fraktion den Fraktionsvorsitzenden der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei mitgeteilt, daß die Verhandlungen über eine Erweiterung der bestehenden Koalition durch Aufnahme der Fraktion der Bayerischen

Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei an dem Widerstand der Demokraten gescheitert seien.

#### Bayerischer Protest

##### gegen die Einschränkung seiner Polizeihohheit.

München, 7. März. Gelegentlich der Beratung des Etats des Innern im Staatshaushaltsauschuß des Landtags brachten Dr. v. Knilling und Dr. Dier als Berichterstatter die Sprache auch auf die Vätertelmordungen wegen der Tätigkeit der badischen Staatsanwaltschaft in der Erzberger-Sache in München und auf die Bespiegelung Bayerns. Sie verlangten Aufklärung seitens der Regierung. Der Minister des Innern, Dr. Schwegler, gab eine längere Erklärung ab, in der er feststellte, daß die badische Strafverfolgungsbehörde in der Erzberger-Sache ihre gesetzliche Pflicht getan haben. Die rechtliche Zuständigkeit der Offenburger Staatsanwaltschaft bei ihrer Münchener Tätigkeit könne nicht bezweifelt werden. Wohl aber hätten sich schwerwiegende Anhaltspunkte ergeben, die die Regierung nach dem derzeitigen Stande der Sache zu der Annahme zwingen müßten, daß neuerdings Berliner Uebergriffe vorgekommen seien. Die bayerische Regierung habe nach Feststellung der Tatsachen einen entschiedenen Protest an die zuständige Berliner Stelle gerichtet, um schleunige Klärung gebeten und bestimmte Abhilfemaßnahmen verlangt. Eine Antwort hierauf stehe noch aus. Allerdings liege eine Pressemeldung vor, wonach eine Ueberwachung Bayerns durch Berlin in Abrede gestellt werde. Er wolle aber mit seinem endgültigen Urteil noch so lange zurückhalten, bis die Angelegenheit durch eine amtliche Gegenerklärung der Berliner Stellen völlig klargestellt sei. Die bayerische Regierung habe es nicht an Energie fehlen lassen, um die bayerischen Rechte zu wahren. Sie habe es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es keine größere Belastung für die Volkstimmung in Bayern geben könnte als einen Eingriff in die bayerische Polizeihohheit. An der möglichst baldigen Klärung des Mordes an Erzberger habe die bayerische Regierung ein Interesse, aber Vorkommnisse, wie die am 22. Februar seien nicht öfters erträglich. Wenn auch das Vorgehen der badischen Staatsanwaltschaft eine Belastung gegen Dr. Müller ergeben habe, so sei doch die Aktion gegen alle übrigen Personen ein Gieß in die Luft gewesen. Die Erklärung des Ministers ist vom Ausschuß zur Kenntnis genommen worden.

#### Die Gewalt Herrschaft im besetzten Gebiet.

Paris, 6. März. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Oberkommission in den Rheinlanden die Auflösung des Vereins ehemaliger Offiziere in Wachen angeordnet und den Verein im ganzen Besatzungsgebiet verboten. Die Verordnung bezeichnet den Verein als eine Filiale des Deutschen Offiziersbundes, der von der Oberkommission bereits im besetzten Gebiet verboten gewesen sei und im Rheinland eine für die Sicherheit der Besatzungsarmee gefährliche antialliierte Propaganda getrieben habe.

#### Gemeinsames Vorgehen d. Beamtenorganisationen bezüglich der neuen Forderungen.

Berlin, 7. März. Die Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ufa-Bund, Deutscher Beamtenbund, Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestelltenvereine (Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring) — traten heute zu einer Sitzung zusammen, um über die schwebenden Lohn- und Gehaltsfragen gemeinsam zu beraten. Es wurde übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß eine Zusammenarbeit aller Spitzenorganisationen in diesen Fragen notwendig sei. Für die Vorbereitung der Verhandlungen und die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde ein Ausschuß eingesetzt, der aus je einem Vertreter der fünf Spitzenorganisationen gebildet wird. Diesem Ausschuß liegt auch die Information der Presse ob, die in Zukunft in einheitlicher Weise erfolgen wird.

#### Die Steuerfrage.

Berlin, 7. März. Nach Mitteilungen des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt, die sich mit der Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Zwangsanleihe beschäftigen und die Verhandlungen mit der Regierung führen solle. Die Gewerkschaften haben die an sie ergangene Einladung zu Verhandlungen, die am Donnerstag nachmittag beginnen sollen, angenommen.

#### Die Rapp-Butschprozesse.

Berlin, 8. März. Wie die Blätter mitteilen, ist den Angeklagten des Jagow-Prozesses, v. Jagow, Wangenheim und Schile, jetzt die schriftliche Urteilsbegründung des Reichsgerichts zugestellt worden. Das Urteil schildert auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme die Vorgeschichte des Rapp-Butsches, sowie seinen Verlauf und erteilt dann ausführlich die Teilnahme der 3 Angeklagten. Die Urteilsbegründung kommt zu dem Schluß, daß das Rapp-Unternehmen die gewalttätige Erschütterung der demokratisch-republikanischen Staatsform geplant hat und daß infolgedessen Rapp und v. Lüttich es versucht haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewalttätig zu ändern. — Wie die „Zeit“ mitteilt, hat das Reichsgericht einen Antrag des Verteidigers von Jagow, das Verfahren gegen den Verurteilten wieder aufzunehmen, bisher nicht erhalten. Das Reichsgericht hat auch noch keine Entscheidung darüber gefällt, ob es auf das Verlangen Rapps nach freiem Geleit eingehen könne.

#### Der Mehrheitssozialistische Parteiauschuß für Arbeitsruhe am 1. Mai.

Berlin, 9. März. Der sozialdemokratische Parteiauschuß beschloß gestern, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Der Verlehr soll aber wie an Sonntagen aufrecht erhalten werden. Ueber gemeinschaftliche Feiern mit den Unabhängigen sollen die einzelnen Organisationen entscheiden. Ein Zusammengehen mit den Kommunisten komme nicht in Frage.

#### Karl Ludwig Schleich †

Berlin, 8. März. Der Arzt, Dichter, Künstler und Philosoph Geheimrat Sanitätsrat Dr. Karl Ludwig Schleich ist gestern in einem Sanatorium in Saarow-Pieslow bei Berlin im 63. Lebensjahr gestorben. Schleich hat sich durch die Entdeckung der örtlichen Betäubung in der medizinischen Welt einen besonderen Namen gemacht.

#### Zur Fe

wird uns  
Die A  
notwendig  
sie geht au  
auszusehen  
preissteige  
verhindere  
vielfach b  
Anschlag  
Brennhoh  
bemittelt  
fentl V  
nannte W  
der Minde  
sichtlich a  
der Bren  
lich nur 5  
städt. Sch  
recht gut  
meter erf  
hebung d  
mungen  
sorgung d  
blieb den  
Verforqu  
zu zwei  
statt). U  
zur Erwo  
schlossen,  
Einwohn  
meint un  
die bei d  
gens zum  
Siraun  
die in  
sollen.

Am  
verei  
75. Ge  
mehr v  
geunge  
daß der  
Herrn G  
legt wo  
Musika  
leisten  
altersa  
Nicht:  
für den  
Sänger  
schlicht  
Leiter  
vom A  
Herrn  
seiner

#### Die M

Die  
Niedh  
sammen  
gart ei  
Niedha  
Dr. M  
überhol  
geordne  
Keller  
gericht  
ganosm  
insbeso  
del des  
die Be  
Kleider  
der Z  
Wirkun  
würkten  
des Me  
scheinen  
im Ger  
werden

Die  
etwas  
Kriegsge  
allgeme  
Jahr v  
auf da  
Berde,  
besonde  
Sachsen  
Berden  
in Sid  
W ü r t  
Berde  
75 885,  
gen L

Aus  
in legt  
denen d  
sellen  
dungen  
e. K. G  
sind vö  
nur die  
sellen

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. März 1922.

### Zur Frage der Brennholzversteigerung in Calw

wird uns vom Stadtschultheißenamt geschrieben:  
Die Aufhebung der öffentl. Brennholzbewirtschaftung hätte nicht notwendig solche Preisüberbietungen zur Folge haben müssen, wie sie jetzt aus dem ganzen Lande gemeldet werden. Immerhin war vor- auszusehen, daß sie bei dem allgemeinen Mangel an Brennstoffen stark preissteigernd wirken werde. Um übermäßige Preissteigerungen zu verhindern, haben deshalb Gemeinden mit größerem Brennholz-Anfall vielfach beschloffen, an die Einwohnerschaft Brennholz zu mäßigem Anschlag abzugeben. Leider mußten Gemeinden mit geringerem Brennholz-Anfall sich damit begnügen, die Fürsorge auf ihre mindest- mittelsten Mitbürger zu beschränken, weil nach Aufhebung der öffentl. Brennholzbewirtschaftung eine Zuweisung nur noch für sogenann- te waldarme Gemeinden vorgesehen ist (eben zur Versorgung der Mindestbeteiligten). So wird die Stadtgemeinde Calw voraussicht- lich aus Staatswaldungen kein Brennholz zugewiesen erhalten. Der Brennholz-Anfall aus eigenen Waldungen wird aber voraussicht- lich nur 5-600 Raummeter betragen, wovon noch der Bedarf für die hies. Schulen, Klemmer usw. abgeht, während die Durchführung des recht gut gemeinten Vorschlags in der gezeigten Nr. über 4000 Raum- meter erforderlich würde. Es ist also leicht einzusehen, daß nach Auf- hebung der früheren, die Brennholzversorgung ordnenden Bestim- mungen bei ungenügendem eigenen Anfall eine Ver- sorgung der gesamten Bevölkerung nicht mehr möglich ist. Es blieb dem Gemeinderat nichts anderes übrig, als eine notdürftige Versorgung der Mindestbeteiligten vorzunehmen, die übrigens erst zu zwei Dritteln durchgeführt ist (eine zweite Verlosung findet noch statt). Um jedoch den anderen Einwohnern noch eine Gelegenheit zur Erwerbung von Brennholz zu geben, hat der Gemeinderat be- schlossen, etwa 100 Raummeter Hartholz rationiert unter den hies. Einwohnern zur Versteigerung zu bringen. Es war also gut ge- meint und nicht wohl anders und besser zu machen. — Denjenigen, die bei den letzten Versteigerungen leer ausgegangen sind, sei ferner- hin zum Trost mitgeteilt, daß in nächster Zeit seitens des Forstamts Hirsau noch größere Mengen Brennholz zur Versteigerung kommen, die in größeren Losen an Verbraucher-Vereinigungen gelangen sollen.

### Ständchen.

Am Dienstag Abend brachte der Kirchengesangs- verein seinem früheren Dirigenten Hr. Gundert zum 75. Geburtstag ein Ständchen dar. Wenn auch nicht mehr viele Sängler da sind, die unter seiner Leitung mit- gesungen haben, so lebt doch in allen das sichere Gefühl, daß der Same zur heutigen Blüte des Vereins durch Herrn Gundert in 35jähriger unermüdlicher Tätigkeit ge- legt worden ist. Im Zeichen seines Geschmacks und seiner Musikausübung wird der Verein weiterhin Großes zu leisten berufen sein. — Dieses Ständchen im Hof des altersgrauen Steinhauses war von einer seltenen Feiert- lichkeit: ernste, fromme Lieder erklangen zum Festgruß für den altverehrten alten Herrn; man spürte, wie alle Sängler mit dem Herzen dabei waren und freudig den schlichten Worten zustimmten, mit denen Herr Nische als Leiter des Vereins Herrn Gundert begrüßte. Möchte dem vom Alter noch ungebeugten und geistig jugendfrischen Herrn Gundert ein freundlicher Lebensabend im Kreise seiner Familie beschieden sein!

### Die Metzger und die Viehhandelsbeschränkung.

Die Interessengemeinschaft der nichtkonfessionierten Viehhändler, die sich in der Hauptstadt aus Metzgern zu- sammensezt, hielt gestern im St. Vinzenzhaus in Stutt- gart eine zahlreich besuchte Versammlung, um gegen die Viehhandelsbeschränkung zu protestieren. Rechtsanwält Dr. Maier begründete den Widerspruch, der heute völlig überholt sei; zustimmende Erklärungen gaben ab die Abgeordneten Senne DdB., Hausmann DdB., Hiller Wp. und Keller J. An die Regierung wurde das dringende Ersuchen gerichtet, dafür zu sorgen, daß die lediglich als Ueber- gangsmaßregel gedachten Beschränkungen im Viehhandel, insbesondere die Genehmigungspflicht für den Kleinhan- del des Metzgereiwerkes sofort abgeschafft werden und die Verordnung über Maßnahmen zur Lieferung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangsversorgung vom 19. Sept. 1920 mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird. In der Folge sollen auch die württembergischen Vorschriften, insbesondere die Beenaun- des Metzgereiwerkes durch die Ausstellung von Ankauf- schein, die nur zum Ankauf von Vieh zwecks Weiterverarbeitun- im Metzgerbetrieb berechtigen, sofort außer Kraft gesetzt werden.

### Unser Pferdebestand.

Die Zahl der Pferde hat in Deutschland im letzten Jahre etwas zugenommen, aber noch nicht den Stand der Vor- kriegszeit erreicht. Am 1. Dezember 1921 wurden bei der allgemeinen Viehzählung 3 683 345 Pferde ermittelt, ein Jahr vorher 3 583 217. Am 1. Dezember 1913 zählte man, auf das verkleinerte Reichsgebiet gerechnet, 2 556 457 Pferde, hauptsächlich in Ostpreußen und Hannover. Eine besonders entwickelte Pferdehaltung findet man auch in Sachsen mit 1 655 805 und in Mecklenburg mit 131 246 Pferden. Verhältnismäßig gering ist die Pferdehaltung in Süddeutschland, so daß ganz Bayern nur 580 128 Pferde, Württemberg 104 175, Baden 64 885, Hessen 57 315 Pferde hat. Von den übrigen Ländern zählt Thüringen 75 885, Oldenburg 53 325, Braunschweig 32 072, die übrigen Länder 62 356.

### Briefüberwachung.

Auslandszeitungen ehemals feindlicher Staaten haben in letzter Zeit wiederholt Nachrichten veröffentlicht, nach denen die zwischen Deutschland und dem Auslande gewech- selten und die in Deutschland durchlaufenden Briefen- dungen durch deutsche Behörden einer Ueberwachung und e. N. Eröffnung unterworfen werden. Diese Nachrichten sind völlig aus der Luft gegriffen. In Deutschland werden nur die zwischen Deutschland und dem Auslande gewech- selten Einschreib- und Wertbriefe auf Grund gesetzlicher

Bestimmungen zur Verhinderung der Kapitalsteuerflucht von den dem Reichsfinanzministerium unterstellten Post- überwachungsstellen geprüft. Eine weitere Briefüberwa- chung findet nicht statt. Dagegen sind wiederholt begrün- dete Klagen darüber erhoben worden, daß zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem Auslande gewechselte Briefe von den Besatzungsbehörden geöffnet worden sind.

### Die Zwiebel als Arzneipflanze.

In neuerer Zeit wendet man den bisher wenig beachteten Kräu- tern, Gewürzen und Arzneipflanzen, welche als Medikamente in feiner Hausapotheke fehlen sollen, seine Aufmerksamkeit mehr zu. Der Saft der gewöhnlichen Zwiebel ist z. B. ein treffliches Mittel gegen Hühneraugen und Warzen. Man legt die Zwiebel 3-4 Stunden in Essig, befreit sie von den Häuten und befestigt eine starke Scheibe auf das Hühnerauge oder die Warze mit Leinwandstreifen. Wiederholt man dies mehrmals täglich, so löst der Saft die Hornhaut ab, daß man das Auge mit Leichtigkeit herausnehmen kann. Auch gegen das Ausfallen der Haare ist Zwiebel saft ein altbewährtes Mittel; schon seit alten Zeiten wendet es der Orientale an, Griechen und Römer kannten es schon als erfolgreiches Mittel. Das Verfahren ist sehr einfach. Man reibt mit einer zerschnittenen Zwiebel die kahlen Stellen des Kopfes ein. Franzbranntwein mit Plettenwurzelabsud und Zwiebel saft hilft in vielen Fällen gegen das Ausfallen der Haare. Ebenso kann man Zwiebel saft mit gutem, reinem Essig ver- mischt, gegen Nasenbluten anwenden. Bei Vienen- und Insektenstich ist Zwiebel saft gleichfalls ein vorzügliches und schnell wirkendes Mittel.

### Nutmäßiges Wetter am Freitag und Samstag.

Eine neue Störung hat den Einfluß des Hochdrucks gebrochen. Am Freitag und Samstag ist windiges, ne- belhaftes, in der Höhe mit Schneefällen verbundenes We- ter zu erwarten.

### Landtag.

#### Die Frage der Abgabe von Bauholz.

(Stuttg.) Stuttgart, 8. März. In ruhiger sachlicher Be- ratung, ohne die allmählich immer mehr einwirkenden Zweigeprüfungen der Landtag heute die Anträge des Finanzausschusses über die Brennholzabgabe, die for- dern, daß der Holzpreis nach den bis zum 15. Nov. an- gewandten Bestimmungen zuzüglich der eingetretene Er- höhung der Gewinnungskosten belassen wird, wenn nach Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauenden nicht eine höhere Berechnung gerechtfertigt erscheint; fer- ner daß zum Zweck ausreichender Bauholzbeschaffung Staat, Gemeinden und Private zur Holzlieferung heranzu- ziehen sind und aus dem Ertrag der Staatsforsten min- destens 25 Mill. M. zur Verfügung gestellt werden. Ein Antrag der Unabhängigen forderte die Sozialisierung der Sägewerks- und Bauholzindustrie. Dieser wurde vom Abg. Kinkel begründet. Dingler (Wp.) nahm einen im Ausschuß abgelehnten Antrag Wiber-Eiller wieder auf, den Bezug des Bauhölzholzes durch Verträge des Staates mit waldbesitzenden Gemeinden, Stiftungen und Sägewerken zu sichern. Ein gemeinschaftlicher Antrag der Rechten, der Volkspartei und des Zentrums, den Bedarf an Bauholz für das Handwerk sicherzustellen, wurde an den Finanzaus- schuß verwiesen. Ueber die Anträge des Finanzaus- schusses selbst kam es heute noch nicht zur Abstimmung. In der Debatte verwahrte sich Dingler (Wp.) gegen die Belastung des Gemeinde- und Privatwaldbesitzes mit einer Bauholzabgabe. Er sowohl wie der nachfolgende Redner Glad DdB., lehnten den Sozialisierungsantrag der Unab- hängigen ab. Heymann (Soz.) verlangte die Heranziehung von privatem Gemeinewald. Möhler (J.) bestritt die Anträge des Ausschusses, bezweifelnde aber, ob der darin gleichfalls enthaltene Versuch, Schnittholz statt Rundholz zu liefern, gelingen werde. Finanzminister Dr. Schall empfahl die Annahme der Ausschußanträge und sagte ihre loyalste Durchführung zu. Dem Antrag der Rechten, wohlhabende Leute durch Erbauung eigener Wohnungen zur Linderung der Wohnungsnot heranzu- ziehen, könne das Staatsministerium nicht beitreten, weil es Reichs Sache sei. Auch der ähnliche Antrag der Sozial- demokraten würde besser im Reichstag eingebracht. Die Regierung vertrete die Auffassung, daß das Reichsmieten- gesetz verfassungswidrig sei und eine Zweidrittelmehrheit erfordere. Nach weiteren entgegengesetzten Erklärungen des Forstdirektionspräsidenten Wagner wurde die Abstim- mung bei nahezu leerem Hause auf Donnerstag vorm. 9 Uhr vertagt. Außerdem große Anfragen über Teuerung so- wie erste Lesung des Sporttarifs- und Landessteuer- gesetzes.

(Stuttg.) Stuttgart, 8. März. Zur Förderung des Wohnungs- baus beantragte Bürgerpartei und Bauernbund im Land- tag: Der Landtag wolle beschließen: das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß unberühlig eine wirksame Bekämpfung des Wohnungselends auf folgender Grundlage eingeleitet wird: 1. die Zwangswirtschaft ist schritt- weise abzubauen, 2. soweit die Mieter die mit dem Abbau der Zwangswirtschaft verbundene Erhöhung des Mietzinses durch Stei- gerung ihrer Einnahmen nicht aufbringen können, muß der Haus- besitzer die ausfallenden, zur Erhaltung des Hauses nötigen Beträge aus öffentlichen Mitteln (Versicherungsanstalten, Kleinrentnerfonds u. dergl.) erhalten; die Bautätigkeit ist durch die Vereinfachung des schematischen Abnahmestundtags und der schematischen Tarifverträge, sowie durch Verhinderung der zahllosen ungerechtfertigten Streiks zu verbilligen. — Ferner wolle der Landtag beschließen, das Staats- ministerium zu ersuchen, Vorschläge darüber zu machen, inwieweit Personen mit großem Vermögen oder Einkommen, die Mietwohnungen innehaben, durch Erbauung eigener Wohnungen zur Linderung der Wohnungsnot herangezogen werden können.

(Stuttg.) Stuttgart, 7. März. Dem zum Konsul der Verei- nigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannten Maxwell K. Moorhead ist mit Zustimmung der Württ. Staatsregierung namens des Reichs das Exequatur erteilt worden.

(Stuttg.) Stuttgart, 7. März. Ende Februar bezogen 220 männliche und 16 weibliche Personen Erwerbslosenunter-

stützung, was eine Abnahme um 83 männliche und 8 weib- liche Personen bedeutet. In 19 Fällen wurde unberechtig- ter Bezug der Unterstützung festgestellt.

(Stuttg.) Stuttgart, 8. März. Landau, landau werden in diesen Tagen infolge der Steigerung der Kohlenpreise, der Gehälter und Löhne die Gas- und Elektrizi- tätspreise bedeutend erhöht und damit die Kosten der Lebenshaltung der einzelnen Familien weiter ver- teuert. Bei den Stuttgarter Werken macht die Steigerung im Jahr allein 102 Millionen M. aus, monatlich beim Gaswerk 3 870 000 M., beim Elektrizitätswerk 4,6 Mill. M. Der Gemeinderat wird wohl oder übel am Donnerstag den Gaspreis von 2,20 M. auf 3,20 M. für den Kubikmeter und den Lichtpreis von 4,10 auf 5,75 M. für 1 Kilowattstunde heraufsetzen, entsprechend auch die übrigen Strom- und Kraftpreise.

(Stuttg.) Eßlingen, 7. März. Im abgelaufenen Winter- halbjahr 1921-22 haben in der Abteilung für Maschinen- bau 35 und in der für Elektrotechnik 13 Kandidaten die Staatprüfung bestanden und hiemit die Befähigung zur Ausübung des Berufs als Maschineningenieure oder Elektrotechniker erworben.

(Stuttg.) Köningen, 8. März. Kürzlich gerieten hier zwei Schwäger, ein 20 Jahre alter Seminarist und ein verhet- rateter, 35 Jahre alter Sattlermeister die schon lange verfeindet sind, wieder in Streit. Dabei hat der Seminarist seinem Schwager mit einem Schrubber das linke Auge angeschlagen und die Nase zer- schmettert. Der Schwerverletzte wurde ins Johanniterkrankenhaus nach Plochingen übergeführt.

(Stuttg.) Mottenburg, 6. März. Im Gemeinderat wur- den die Arbeiten zum Einbau des Dachstodes im Spital- gebäude zur Schaffung eines Altenheims in Höhe von 400 000 M. Kostenvoranschlag genehmigt.

(Stuttg.) Weiter i. d. B., 8. März. Die hiesige Gemeindeg- lags wurde um 10 000 M. Jahrespacht auf 6 Jahre an einen Schornborfer Viehhaber vergeben. Die bisherige Pachtsumme betrug 660 M.

(Stuttg.) Sigmaringen, 8. März. An der Baustelle des Kraftwerks fuhr ein bei der Firma Baresel u. Co. beschäftigter Kranführer mit einigen Leuten unvorsichtigerweise gegen eine Starkstromleitung. Ein Arbeiter wurde sofort getötet, der Führer und weitere drei Arbeiter schwer verletzt. Untersuchung ist eingeleitet.

(Stuttg.) Nordheim, 8. März. Der 55 Jahre alte Bauer Christian Rothweiler hat sich in seinem Hause erhängt. Störberliche Leiden scheinen ihn zu diesem Schritt veranlaßt zu haben. Er hinterläßt eine Witwe und sieben Kinder.

(Stuttg.) Waldmuffingen, 8. März. Die größte und stärkste Tanne in den Gemeindevaldungen, die nach ihren Ringen ein Alter von 212 Jahren aufweist und ihre Krone Generationen hindurch über ihre Stammesbrüder er- hob, wurde am 4. März infolge eines 1920 erlittenen Blüßschlages, der sie zum langsamen Absterben verurteilte, gefällt. Dieser Baumriese, Waldtanne genannt, hatte laut Schwarzwälder Boten, am Stod 2,10 Meter Durchmesser, die ganze Länge betrug 42 Meter und mißt 18 Fest- meter. Abgelassen auf 25 Meter Länge weist sie voll- ständig gesundes Stammholz, 14 Festmeter auf, während der obere Teil nur zu Brennholz verwendet werden kann. Tannen mit ähnlichen Dimensionen werden in den Be- zirkswaldungen kaum aufzuweisen sein.

(Stuttg.) Ulm, 7. März. Der Elektrotechniker Max Hugg von Berlin, wohnhaft in Göppingen, hat im Januar ds. Js. die 18jährige Charlotte Haidmann von Göppingen zum Zwecke der Verheiratung entführt, konnte aber noch auf der Reise festgenommen werden. Das Ziel der Reisenden war Palermo in Italien. Die Eltern der Entführten stellten Strafantrag; das Schöffengericht Göppingen verurteilte den Angeklagten zu sechs Wochen Gefäng- nis, wogegen er Berufung einlegte, die aber von der hiesigen Strafkammer kostenförmig verworfen wurde. Doch erachtete das Gericht die Strafe durch die erlittene Unter- suchungshaft als verbüßt.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

### Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar steht heute auf 260 M., der Schweizer Franken auf 50,75 M.

### Gerstenschau.

(Stuttg.) Rottenburg, 7. März. Der Landw. Bezirksver- ein veranstaltete unter Dekonomier Dr. Weiß von der Landwirtschaftskammer eine Gerstenschau, die von 95 Ausstellern besichtigt war. Nachmittags fanden Vorträge von Professor Dr. Windisch-Hohenheim und Dr. Weiß über landwirtschaftliche Fragen statt.

### Märkte.

(Stuttg.) Stuttgart, 7. März. Dem Donnerstag- markt am hiesigen Vieh- und Schlachtthof waren zugeführt: 27 Ochsen, 19 Bullen, 103 Jungbullen, 100 Jungrinder, 128 Kühe, 293 Kälber, 467 Schweine und 12 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Erlöst wurden aus einem Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 1400-1420, 2. 1040-1250, Bullen 1. 1330-1420, 2. 1050-1200, Jung- rinder 1. 1430-1560, 2. 1200-1350, 3. 1050-1170, Kühe 1. 1080-1180, 2. 800-970, 3. 580-720, Kälber 1. 1650 bis 1770, 2. 1550-1600, 3. 1350-1450, Schweine 1. 1920 bis 2060, 2. 1800-1900, 3. 1570-1680 M. Verkauf des Marktes: belebt bei schwacher Zufuhr.

(Stuttg.) Bernhausen a. F., 8. März. Der hiesige Jahrmart in Verbindung mit einem Pferdemarkt war überaus zahlreich be- sucht. Zum Verkauf standen 300 Pferde, von denen mehr als die Hälfte verkauft wurde. Der Handel war lebhaft. Die Preise zogen an. Sie bewegten sich zwischen 25 000 und 45 000 M. für das Stück. Der zum erstenmal eingeführte Filder-Pferdemarkt soll künftig alle Jahre am 1. März wiederholt werden.

Die hiesigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Bereser- losen in Betracht kommen. D. Schmitt.  
Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw.  
Druck und Verlag der W. Döschner'schen Buchdruckerei, Calw.

**Unterlengenhardt** St. Neuenbürg.  
Die Gemeinde bringt am 18. März 1922, nachmittags 5 Uhr  
**35 Rm. Beug-Holz**  
auf dem hiesigen Rathaus zum öffentlichen Verkauf.  
Abfuhr günstig.  
Gemeinderat.

**Stangen-Verkauf.**  
Samstag nachmittag 5 Uhr verkauft  
zirka 50 Stück Baustangen  
und 25 Stück Hagstangen.  
Ulrich Holzäpfel, Ottenbronn.

Alzenberg, den 8. März 1922.  
Statt jeder besonderen Anzeige.  
**Todes-Anzeige.**



Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

**Johannes Kentschler**  
Veteran von 1866 und 1870  
im Alter von 77 Jahren nach langem schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Beerdigung Freitag Nachmittag 2 Uhr in Alzenberg.

Röttenbach, den 8. März 1922.  
**Dankfagung.**



Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme die wir während der langen Krankheit und bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester

**Friedriche Kentschler**  
in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir allen herzlichsten Dank. Besonders danken wir für die tröstlichen Worte des Herrn Stadtpfarrers Eberhardt, für den Gesang ihrer Jugendfreundinnen unter Leitung des Herrn Hauptlehrer Stöck, die vielen Kranzspenden, den Herren Ehrenträgern und für die so zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu ihrer letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
der Vater: **Friedrich Bauer**,  
die Schwester: **Katharina Mast**,  
der Bruder: **Jakob Kentschler**.

**Wand-Kalender**  
für 1922  
mit Märkte-Verzeichnis

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 60 Pfg. erhältlich.

Zur Stockholzgewinnung empfiehlt  
**Spreng-Stoffe und -Kapfen, Zündschnüre**  
Gerhard Paulus, Bad Liebenzell, Fernsprecher 15.

Hirsau.

**Zimmerleute sucht**  
R. Kapp, Zimmermeister.

**Baumwachs,**  
kaltflüssig,  
**Edelraffinabast,**  
**Cocosbaumbänder,**  
**Obstbaum-**  
**karbolinum,**  
**Kauppenleim,**  
**Harz**  
empfiehlt  
**H. Hauber.**

Besser möbliertes  
**Zimmer**  
evtl. mit Morgenkaffee auf  
15. März oder 1. April 22  
zu mieten gesucht.  
Angeb. mit Preis unter  
F. R. 57 an die Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

Wer würde ein 5  
Wochen altes  
Kind in gute  
Pflege nehmen?  
Näheres zu erfragen in  
der Geschäftsst. dieses Bl.

Zum baldigen Eintritt ein  
braves, fleißiges

**Mädchen**

gesucht. Gute Behandlung  
hoher Verdienst.

Dr. Reklaff,  
Fremdenpension „Villa  
Friede“, Bad Liebenzell.

**Mädchen-Gesuch.**

Fleißiges

**Mädchen**

nicht unter 18 Jahren wird  
für Küche und Hausarbeit  
bis 15. März oder 1. April  
gesucht.

Gasthof zum „Lamm“,  
Liebenzell.

**Hausdiener-Gesuch**

Suche

auf 1. Mai fleißigen  
**Burschen.**

Gasthof zum „Lamm“,  
Liebenzell.

In eine kleine Haushaltung  
(2 Personen) wird eine

**Monats-Frau**

auf 1-2 Tage in der Woche  
bei sehr guter Bezahlung  
gesucht.

Angebote auch von aus-  
wärts, Stammheim etc. nicht  
ausgeschlossen. Näheres in  
der Geschäftsstelle ds. Bl.

**Bad Teinach.**  
**Gasthof zum „Hirsch“**  
wieder eröffnet.

**Wichtig**

Vertrauenssache ist  
der Einkauf von Ge-  
müse- u. Blumensamen  
da man dem Samen  
die Güte nicht gleich  
beim Kauf ansehen kann,  
Durch persönliche Be-  
ziehungen sind wir in  
der Lage,

**Sämereien**

der bekannten Samen-  
zucht- und Gartenbau-  
Firma G. Schröter,  
Salzwedel anzubieten  
und zu empfehlen

**Nur Ritterdrogerie Calw.**

**Althengstett.**

**Bergebung von Bauarbeiten**

Zur Erbauung von 3 Wohn- u. Dekonomiegebäuden  
in Althengstett für die Herren: Rühle Landwirt, Schradl  
Stationsaufseher- und Schmid Briefträger sind die

**Zimmer-, Gipser-, Schreiner- und  
Flaschnerarbeiten** im Akkord zu vergeben.  
Pläne, Arbeitsbeschrieb und Akkordsbedingungen zu  
den 3 Bauten sind bei Herrn Rühle Althengstett zur Ein-  
sichtnahme aufgelegt und sind Angebote entsprechend den  
einzelnen im Arbeitsbeschrieb aufgeführten Positionen bis  
Samstag, den 11. ds. Mts., mittags 1 Uhr ebendasselbst  
einzureichen. Tagelohnpreise sind anzugeben.  
Im Auftrag:

**Ulber & Stäbler, Bauwerkmeister.**

**Deckenpfronn.**

2 erstklassige

**Zucht-Eber**



12 und 9 Monate alt sehr  
wegen Aufgabe der Eber-  
haltung dem Verkauf aus.

August Nichele.

**Röttenbach.**

Ein

**Mutter-Schaf**



samt Lamm  
verkauft

Friedrich Bauer.

**W**enn Prospekte, Kataloge, Rund-  
schreiben usw. einen noch so ge-  
schickt abgefaßten Text aufweisen,  
so erfüllen sie ihren Zweck doch  
nur dann erst voll und ganz, wenn der Buch-  
drucker seinen Teil zur packenden Herstellung mit  
dazu beiträgt. Wirkungsvolle Ausstattung der

**Reklame-Drucksachen**

bedingt darum stets ihren Erfolg! Wirklich  
zweckentsprechende Drucksachen aller Art bei  
billigen Preisen und sorgfältiger Ausführung  
liefern wir in denkbar kürzester Frist. ////

**A. Oelschläger'sche Buchdruckerei**  
Fernsprecher 9 Calw Lederstraße 151.

**Landw. Bezirksverein Calw.**

Die auf Freitag, den 10. März ausgeschriebene

**Saatfruchtausgabe**

kann wegen unvorhergesehener Abwesen-  
heit des Unterzeichneten

erst am Samstag, 11. März  
erfolgen. Geschäftsführer: J. Knecht.

**Lichtspieltheater „Badischer Hof“**

Heute Donnerstag abend punkt 1/8 Uhr

Zwei Teile!

**Der maskierte Reiter**

Großes amerikanisches Sensationsdrama  
in 5 Teilen.

Erstens: Paucho, der Schrecken  
aus der Felsenschlucht.

Zweitens: Die Todesfalle.

Anfang präzis 1/8 Uhr.

Bringe ab Samstag,  
den 11. ds. Mts.

**Märzen-  
Bock**

zum Versand u. Ausschank

**Oskar Schlanderer, Calw**

Niederlage der ersten württemberg.  
Genossen-Brauerei Ludwigsburg.

Ein oder zwei helle  
zu Werkstatt geeignete

**Räume**

sowie ein möbliertes

**Zimmer**

sofort zu mieten gesucht.  
Angebote unter F. R. 57  
an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Geschlechtsträgheit  
bei Tieren**

wie Ziegen, Schwein, Kühen  
Pferden usw. behebt prompt  
Dr. Buslebs Mutpulver. Zu  
haben in der Ritter-Drogerie

Einen leichteren guterzalt.

**Ruhwagen**

seht dem Verkauf aus  
Gottl. Gäcke,  
Simmozheim.

Guterhaltener

**Liege-**

**Sportwagen**

wird zu kaufen gesucht.  
Von wem, sagt die Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

2 leicht gebrauchte

**Hausbacköfen,**

**1 Einschubtür**

für Holzbacköfen hat zu  
verkauft.

Franz Schepler,  
Backofenbauer, Liebenzell

Lüchtiges, solides

**Mädchen**

auf 1. April

gesucht

von  
Frau Ernst Kirchherr.

**Tagelöhner**

jüngerer, kräftig, gesucht

Gustav Kohler, Mühlen-  
bauanstalt und Maschinen-  
fabrik, Salzmühle Ober-  
amt Calw.

**Geld**

in jeder Höhe für alle  
Zwecke an jedermann geg.  
Ratenzahlungen durch  
H. Nagl, Ravensburg,  
Kästleitor. Für Antwort  
2 Mark belegen.

Wer könnte mir  
1-2 ar Gartenland  
pachtweise abtreten

Gesl. Angebote erbittet  
A. Koch, Vereinshaus.

**Postkarten**

**Adresskarten**

erhalten Sie rasch in der  
A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei Calw.